

Wärmeversorgung der Zukunft

Beschluss der CDU-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg im Rahmen der Klausurtagung
vom 13. – 15. September 2022
in Freudenstadt

Die grün-schwarze Koalition hat sich aufgemacht, aus Baden-Württemberg das Klimaschutzland Nummer 1 zu machen. Diesem Ziel gilt unser ganzes Engagement. Wir werden unsere Klimaziele allerdings nur mit einer schnellen Umstellung des Wärmesektors erreichen. Denn Warmwasser und Raumwärme verbrauchen laut Umweltbundesamt den weit überwiegenden Teil der Endenergie in den Haushalten. Ein Umdenken im Wärmesektor hin zu mehr Effizienz und Erneuerbaren Energien ist zum einen für das Erreichen der Klimaschutzziele notwendig. Zum anderen auch, um die Abhängigkeit Deutschlands von Energielieferungen aus autoritären Staaten zu verringern. Entscheidend dafür sind **Energieeffizienzmaßnahmen in der Industrie und der Ausbau Erneuerbarer Energien. Zusätzlich sind Maßnahmen im Gebäudesektor zentral.** Es gilt, schnell entsprechende Schritte einzuleiten, um die Effizienz zu steigern und den Umstieg hin zu klimaneutraler Wärme (z.B. in Verbindung mit Wärmepumpen) zu erleichtern. Hierfür benötigen wir eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien, die Umsetzung der Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung, eine Umstellung der Gas- und Ölheizungen auf klimaneutrale Kraftstoffe oder eine andere Heiztechnik, Förderprogramme für die Transformation der Industrie und eine Fachkräfteoffensive. Alles in allem können Einsparungen durch einen Technologiewechsel einen positiven Einfluss auf die Resilienz der deutschen Energiesicherheit wie auch der Klimaschutzziele haben.

Die **Relevanz und Priorität der einzelnen Maßnahmen ist individuell** unter Berücksichtigung der lokal verfügbaren Potenziale klimaneutraler Wärmequellen, der Abnehmer und der Wärmenetzinfrastruktur zu bewerten. Weder über eine Effizienzrevolution noch durch den Ausbau erneuerbarer Energien alleine können die ambitionierten Klimaschutzziele 2040 erreicht werden.

Sanierung Gebäude

Rund drei Viertel der Gebäude in Deutschland stammen laut Umweltbundesamt aus der Zeit vor 1978, als es noch keine Vorgaben zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien gab. Somit ergibt sich ein enormer Sanierungsbedarf. Sanierungen von Bestandsgebäuden, die heute geplant und umgesetzt werden, sollten angesichts des langen Sanierungszyklus bereits jetzt unser Ziel ‚**Klimaneutralität bis 2040**‘ berücksichtigen. Zu beachten ist hier immer auch die **wirtschaftliche Durchführbarkeit für Eigentümerinnen und Eigentümer und Nutzerinnen und Nutzer.**

- ✓ **Wir unterstützen Landesförderprogramme** wie „Klimaschutz-Plus“ sowie die Einrichtung weiterer Förderprogramme (z.B. Förderprogramm für Photovoltaik-Speicher, Solar-Parkplätze, Agri-Photovoltaik)

Kommunale Wärmeplanung

Bei der leitungsgebundenen Wärmeversorgung sind Kommunen auf **unternehmerischer – z.B. als kommunaler Eigenbetrieb – sowie planerischer und ordnungsrechtlicher Ebene aktiv.** Dadurch ergibt sich die Chance, die Wärmeinfrastruktur sowie den Betrieb vorhandener Fernwärmesysteme und diverser Investitionen zu beeinflussen. Somit können

Kommunen auf die Wärmeversorgung von Quartieren oder auch der gesamten Gemeinde Einfluss nehmen und durch geeignete Instrumente der **Bauleitplanung eine leitungsgebundene Wärmeversorgung** befördern. Erst recht gilt das für kommunale Einrichtungen wie Schulen oder Sporthallen, die in der Regel ein Anker für die Neuausrichtung der Wärmeversorgung in einem Quartier sind. Zudem haben sie die Möglichkeit, ordnungsrechtliche Vorgaben zu erlassen.

Wir fordern:

- ✓ Einführung eines **landeseinheitlichen Systems** für ein **digitales Tool** zur CO₂-Bestandsaufnahme und Ableitung von Maßnahmen in Kommunen.
- ✓ Dass die Kammern und Unternehmen **Wärmeplanerinnen und Wärmeplaner weiterbilden**. Hierbei sollte die Technologieoffenheit berücksichtigt werden.

Gute Rahmenbedingungen

Die Wärmeversorgung ist ein zentraler Baustein, wenn es darum geht die Klimaziele erreichen zu können – eine Veränderung der Wärmeversorgung stellt die gesamte Gesellschaft vor Herausforderungen und bietet gleichzeitig Chancen auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Wir fordern:

- ✓ Der Einsatz von Biogas als Fern- und Nahwärmelieferant oder als angereichertes, in Blockheizkraftwerken direkt nutzbares Gas soll **ausgebaut, gefördert und entbürokratisiert werden**.
- ✓ Die Steigerung des inländischen Angebots an Biomasse durch den **Anbau in Form von schnell wachsenden Hölzern über Kurzumtriebsplantagen oder von Miscanthus**.
- ✓ **Den Abbau bürokratischer Hürden** für den PV-Ausbau.
- ✓ **Dass die Landesregierung die Planungsverfahren beschleunigt** sowie Vereinheitlichung des Vorgehens der Landratsämter.
- ✓ Privatpersonen, die eine PV Anlage bis 30 kWp betreiben, sollen nicht mehr automatisch als Gewerbetreibende gelten, sondern für sie soll grundsätzlich die **Kleinunternehmerregelung** gelten.
- ✓ Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung kommunaler Wärmepläne und Stärkung der regionalen Energieagenturen.
- ✓ Durch erste Großprojekte, die von der Landesregierung, den Genehmigungsbehörden und der Forschung eng begleitet werden, wollen wir die **Möglichkeiten der Tiefengeothermie demonstrieren** und anschließend den Schritt in die Breitenanwendung vollziehen. Neben dem geringen Flächenverbrauch ist das Energieangebot durch Geothermie unabhängig von Wetterlagen und steht ganzjährig zur Verfügung.
- ✓ Die „**Roadmap Tiefengeothermie**“ soll in diesem Sinne fortgeführt werden.
- ✓ Dass das Land Ausfallbürgschaften für Bohrungen übernehmen kann, um Ängste abzubauen.